

Bericht über die Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (RAA) im Format der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister am 25. Juni 2019

Am 25. Juni 2019 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (RAA) im Format der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Das gewählte Format wurde 2014 als Ergebnis einer länger geführten Debatte über eine regelmäßigeren und stärker formalisierte Behandlung der Kohäsionspolitik auf Ratsebene eingeführt und fand nun unter Vorsitz der rumänischen Ministerin Roxana Minzatu zum achten Mal statt.

Die beiden Themen der Tagung waren – vor dem Hintergrund des Legislativpakets für die Kohäsionspolitik 2021–2027 – sowohl die Fortschritts- und Präsidentschaftsberichte als auch die Orientierungsaussprache zu künftigen Herausforderungen bei der Mittelprogrammierung.

Im Rahmen der Fortschritts- und Präsidentschaftsberichte wurde der Verhandlungsverlauf zum Legislativpaket zur Kohäsionspolitik 2021-2027 zusammengefasst und auf den erzielten Verhandlungserfolg hingewiesen. Österreich wurde seitens der Kommission für die exzellente Vorarbeit gedankt. Mit dem Europäischen Parlament wurden Trilog-Verhandlungen geführt, die noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt haben, jedoch vom künftigen Vorsitz aufgegriffen werden können.

Hauptpunkt der Tagung war eine Orientierungsaussprache zum Legislativpaket zur Kohäsionspolitik 2021-2027. Die politische Debatte fokussierte auf künftige Herausforderungen bei der Mittelprogrammierung, im Konkreten auf die Verknüpfung zwischen Kohäsionspolitik und Europäischem Semester. Hierbei wurden unterschiedliche Ansichten der einzelnen Mitgliedsstaaten deutlich: Diskutiert wurde inwieweit diese Verknüpfung die thematische Konzentration beeinflussen soll und was die richtige Balance zu regionalen Prioritäten darstelle. Österreich trat für eine stärkere Verbindung zwischen Kohäsionspolitik und Europäischem Semester ein, die Länderberichte 2019 und deren spezifischen Annexe zu den Investitionsleitlinien stellen hierfür wichtige Elemente dar.

Die Aufnahme bzw. Ablehnung von zusätzlichen Konditionalitäten wurde ebenfalls heterogen diskutiert. In diesem Zusammenhang wurden auch Positionen zum mehrjährigen Finanzrahmen (Vor- und Kofinanzierungsraten, Mittelverfall und thematische Konzentration) wiederholt. Als Grundlage für die weitere Verhandlung der Programme sahen zahlreiche Mitgliedsstaaten die von der Kommission vorgelegten Länderspezifischen Empfehlungen und die Länderberichte (Anhang D). In ihren Wortmeldungen betonten die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsstaaten auch die Bedeutung der Halbzeitüberprüfung und die dazu erzielte Ratsposition. Für Österreich stellt diese Ratsposition eine gute Basis dar. Wichtig ist, auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können, ohne aber die Planungssicherheit einer langfristig angelegten Investitionspolitik in Frage zu stellen. Aus österreichischer Sicht sollen daher Verzögerungen beim Programmstart vermieden werden, und es wird erforderlich sein, rasch zu prüfen, ob auf nationaler Ebene hierfür alle notwendigen Voraussetzungen gegeben sind.

Das Konzept der Verknüpfung des Konvergenzziels mit der wirtschaftspolitischen Steuerung wurde konträr diskutiert. Österreich befürwortete die vorgeschlagenen Maßnahmen und forderte eine Weiterentwicklung bzw. weitere Spezifizierung. Eine Verwässerung des Ansatzes oder ein diesbezügliches finanzielles Anreizsystem wäre dabei abzulehnen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. Juli 2019

DIⁱⁿ Maria Patek, MBA

Bundesministerin